



## Irlbrücke "de luxe": Musste das wirklich sein?

Liebe Mitbürgerinnen,  
liebe Mitbürger!

Seit einigen Wochen laufen die Bauarbeiten für die neue Irlbrücke. Wer sich die Zeit genommen und die Baustelle besichtigt hat, wird schockiert sein. Die derzeit laufenden Gründungsarbeiten liefern den letzten Beweis für dieses maßlos überzogene Projekt.

Unstrittig ist: Die neue Brücke wird wunderschön und erlaubt sicher auch die Nutzung durch Fahrzeuge und nicht nur durch Fußgänger und Radfahrer. Die BWG-Stadträte stellen sich angesichts der immensen Kosten allerdings die Frage: Musste das sein? Hätte nicht auch ein Fußgängersteg aus Holz mit weniger Traglast seinen Dienst getan?

### Bürger lehnen "de luxe"-Brücke ab

Monatelang versuchte die BWG eine Sanierung im Bestand oder doch wenigstens eine abgespeckte Planung durchzusetzen, aber vergeblich: Bürgermeister, CSU und SPD verständigten sich auf die "de luxe"-Lösung, die Kosten von

mindestens 600.000 € verursacht und den Bürgern nicht zu vermitteln ist. Für diese Form der Politik haben die Bürger kein Verständnis.

### Draht zum Bürger verloren

Das Projekt Irlbrücke zeigt, dass CSU und SPD den Draht zum Bürger weitgehend verloren haben, denn ansonsten hätten sie das Projekt angesichts der ausufernden Kosten rechtzeitig gestoppt.

Dass es auch anders geht, beweisen die Irlstege II und III, die ebenfalls einer Sanierung bedürfen. Diese Stege werden entgegen der ursprünglichen Meinung nun nicht mehr durch Neubauten ersetzt, sondern bei diesen Stegen erfolgt eine Sanierung im Bestand für weniger als 30.000 €. Das ist genau der Vorschlag der BWG, der aber beim Irlsteg I verworfen wurde.

Was hätte man mit 600.000 € sinnvollerweise erledigen können? Die Antwort der BWG: Kauf des Pfarrheimes St. Michael oder Sanierung der Eichenstraße bzw. anderer sanierungsbedürftiger Stra-

ßen. Wem diese Projekte nicht gefallen: Wie wäre es mit einer vollständigen Rücknahme der 2015 beschlossenen Erhöhung der Grund- und der Gewerbesteuer?

Kritisiert wird von der BWG aber nicht nur die neue Irlbrücke. Die Sanierung des Wohnhauses an der Fronfeste für 1,6 Mio. € und die Gehsteigsanierung in der Holzheimer Straße (300.000 €) sind weitere Projekte, die auf den entschiedenen Widerstand der BWG treffen. All diese Projekte sind Verschwendung von Steuergeldern.

Zukunftsweisende und bürgerfreundliche Kommunalpolitik sieht unserer Meinung nach anders aus.

In diesem Sinne verbleibe ich

Albin Schreiner  
Fraktionsvorsitzender  
Rechtsanwalt



# Mehr öffentliches Grün ist das Gebot der Stunde

In Burglengenfeld geschieht seit dem Amtswechsel 2014 genau das Gegenteil



Öffentliches Grün im Wohngebiet Augustenhof: In der Amtszeit von Heinz Karg war das eine Selbstverständlichkeit. Seit dem Amtswechsel 2014 ist öffentliches Grün eine Seltenheit.

Auszug aus der Mittelbayerischen Zeitung vom 19. Juli 2019 (Region Regensburg):

“Bäume geben Schatten und Kühle, feuchten die Luft an, filtern Stäube und tun mit ihrem Grün Augen und Seele gut. Ein einziger großer Laubbaum verdunstet an einem heißen Sommertag rund 500 Liter Wasser und kühlt seine Umgebung um mehrere Grad ab.” Zitat Ende

Diese Erkenntnisse wurden in Burglengenfeld in der Amtszeit von Heinz Karg in geradezu vorbildlicher Weise umgesetzt. Rd. 1.700 Bäume wurden

von 1990 - 2014 gepflanzt. Und heute: Die Bäume haben bei weitem nicht mehr den früheren Stellenwert im Rathaus. Die Zahl neu gepflanzter Bäume ist dramatisch zurückgegangen - in den neuen Baugebieten gibt es keinerlei Bäume mehr. Angesichts des Klimawandels ein schwerer Fehler.

Die BWG fordert eine sofortige Abkehr von dieser baumfeindlichen Politik.





## Neue Baugebiete: Nur Teer und Pflaster, keine Begrünungen!

Die Bilder zeigen die neuen Baugebiete am Hussitenweg und am Augustenhof. Wer angesichts der Klimaschutzdiskussion hoffte, dass diese Baugebiete verstärkt mit öffentlichem Grün bepflanzt werden, kann nur enttäuscht sein. Nur Teer und Pflaster, aber kein öffentliches Grün. Die Aussagen von Bürgermeister, CSU und SPD, die diese Ge-

staltung gegenüber der BWG durchsetzen, zeigen, dass ihre Absichtserklärungen nach mehr Klimaschutz durch die Begrünung öffentlicher Flächen nichts anderes als leere Worthülsen sind. Die Erklärungen in der Presse und die gestellten Anträge der letzten Wochen im Stadtrat kann man daher leider nur als "Schaufensterpolitik" bezeichnen.



# CSU verbreitet erneut Unwahrheiten

Fake-News sollen Fehlleistungen des Bürgermeisters vertuschen

Angesichts des Kommunalwahltermins im März nächsten Jahres wächst bei CSU und SPD die Nervosität. Jahrelang spielten sie sich gegenseitig die Bälle zu und beschlossen gemeinsam bürgerunfreundliche und nicht nachvollziehbare Entscheidungen. Einige Beispiele: KPMG-Gutachten, Erhöhung der Grund- und der Gewerbesteuer oder auch der Bau der "de luxe-Irlbrücke". Das sind nur einige wenige Beispiele, bei denen die Sozialdemokraten den Steigbügelhalter für CSU-Politik spielten. Doch jetzt soll alles anders werden. Die Sozialdemokraten bemerkten endlich, dass mit den Konservativen die Zukunft der Stadt nicht zu gestalten ist. Eine späte Erkenntnis, die aber bisher zu keinen sichtbaren Konsequenzen geführt hat. Die Hoffnungen ruhen allein auf Michael Hitzek, dem Bürgermeisterkandidaten. Er soll's richten und vom bisherigen Zick-Zack-Kurs der SPD ablenken. Entscheidend wird jedoch die Frage sein, wer die Richtlinien vorgibt und ob die Sozialdemokraten wieder zu einem klaren Kurs zurückfinden. Im Moment hat es den Anschein, als würden Bösl und Co. weiter die Marschrichtung bestimmen.

Die CSU rüstet zum Gegenschlag und erhebt ihrerseits Vorwürfe gegen die SPD und selbstverständlich auch die BWG. Dabei geht die CSU nicht zimperlich vor und scheut sich nicht, mit Unwahrheiten (Bericht in der Mittelbayerischen Zeitung am 30. Juli) zu argumentieren.

## Unwahrheit Nr.1:

**Straßensanierungen hat es zu "Karg's Zeiten praktisch nicht gegeben" sagte CSU-Fraktionsvorsitzender Michael Schaller.**

**Wahr ist, dass in der Amtszeit von Heinz Karg (1990 - 2014) weit mehr als 25 Mio. € für Straßensanierungen und den Neubau von Straßen aufgewendet wurden. Das ist Fakt und aus Aufstellungen, die der Verwaltung der Stadt vorliegen, zu entnehmen.**

Erfreulich für die Bürger: Die bestehende Straßenausbaubeitragssatzung wurde praktisch nicht angewandt. Dadurch blieben den Bürgern in den Wohngebieten erhebliche finanzielle Belastungen erspart. Angesichts der Fakten ist die Aussage des CSU-Fraktionsvorsitzenden Michael Schaller geradezu hanebüchen. Man kann darüber nur den Kopf schütteln.

## Unwahrheit Nr.2:

**Michael Schaller behauptet weiter, Bürgermeister Thomas Gesche hätte die kostenlose Sanierung des Bulmare durchgesetzt. Die glatte Unwahrheit!**

**Wahr ist, dass in der Amtszeit von Heinz Karg Bulmare-Geschäftsführer Rüdiger-Gerd Sappa und sein Vorgän-**

**ger Friedrich Gluth erfolgreich die Verhandlungen mit dem Generalunternehmer Berndorf aus Österreich führten. Thomas Gesche ist als Nachfolger von Heinz Karg nur wieder mal der Nutznießer der erfolgreichen Vorarbeiten.**

Im Übrigen: Der CSU war das Bulmare immer ein Dorn im Auge. Jahrelang wurde gegen das Bulmare gewettert und in der Amtszeit von Thomas Gesche sogar mit Hilfe falscher Gutachten versucht, eine Insolvenz der Bulmare GmbH vom Zaun zu brechen. Ja nicht nur das. Die KPMG machte die Schließung des Bulmare zum öffentlichen Thema und beschädigte dabei das Image des Bades. Dank des Widerstandes der Mehrheit des Stadtrates (SPD, BWG und Freie Wähler-Land) sind diese schäbigen Aktivitäten gescheitert.

## Unwahrheit Nr.3

**Josef Gruber sagt, "Gesche habe es geschafft, den Schuldenberg der Stadt um zehn Millionen Euro abzubauen."**

**Wahr ist, dass die Stadt - so wie in der vorherigen Amtsperiode von 2008 - 2014 auch -, rd. 4 Mio. Euro getilgt hat.**

Nur wenn man die Tilgungsleistungen des Bulmare und der Tochterunternehmen hinzunimmt, ergibt sich die behauptete Summe von 10 Mio. Euro. Das ist keine Verbesserung gegenüber der vorhergehenden Amtsperiode. Auch in der Amtszeit von 2008 - 2014 wurden von der Stadt und den Tochterunternehmen ähnlich hohe Beträge getilgt - und das bei wesentlich schlechteren Rahmenbedingungen. Es ist mitnichten so, wie Josef Gruber den Lesern glauben machen möchte, dass die Tilgung von 10 Mio. Euro eine besondere Leistung ist. Dabei wäre eine höhere Tilgung durchaus möglich gewesen, denn Thomas Gesche erhielt aufgrund der boomenden Konjunktur Steuermehreinnahmen und Finanzzuweisungen von rd. 20 Mio. Euro.

Die CSU steht mit der Wahrheit weiter auf Kriegsfuß und versucht, mit unwahren Aussagen, sprich Fake-News, die Bürger auf ihre Seite zu ziehen. Die gleiche Masche wurde im Vorfeld des Kommunalwahlkampfes 2014 praktiziert. Seinerzeit wurden Bürgermeister Heinz Karg und der Vorstand der Stadtwerke Friedrich Gluth als Zocker, Spekulanten und Ausbeuter beschimpft. In der Zwischenzeit erwiesen sich diese Beleidigungen längst als haltlos. Es steht zu befürchten, dass die CSU mangels eigener Erfolgsbilanz erneut einen Schmutzwahlkampf mit Verunglimpfungen führen wird.

Die BWG jedenfalls wird sich an einer Schlammschlacht nicht beteiligen. Die BWG setzt in der politischen Auseinandersetzung - so wie bisher - auf objektiv nachweisbare Fakten.